TOP ~~SECRET~~ Public

DIE ANSTALT

Faktencheck!



„GeheimDIEnst ANSTALT“
vom 10. November 2026

Mit Maike Kühl,
Max Uthoff,
Claus von Wagner,
Jean-Philippe Kindler und
Maxi Gstettenbauer

Die Anstalt – Der Faktencheck zur Sendung vom 10. November 2026

Die Anstalt „BND“ 3
„Q“ 7
Solo Jean-Philippe Kindler 11
Fortsetzung „Q“ 12
Solo Maxi 12
IFG – Staatsüberwachung? 13
Frag-den-Staat Quiz 15
Impressum 19

Die Anstalt „BND“

Die US-Geheimdienste wollen die Kooperation mit uns auf den Prüfstand stellen, weil dein früherer „Bnd“-Chef August Hanning verhaftet wurde. Wegen Verdacht auf Spionage und versuchten Landesverrat.

Quellen: Die Zeit Tagesschau

Wir gelten ja in der Welt der Geheimdienste als Vegetarier… wegen der strengen rechtlichen Aufsicht und der rein defensiven Ausrichtung unseres Nachrichtendienstes.

Quellen: Der Spiegel Ex-Behördenchef August Hanning nannte den BND »den *Vegetarier* unter den Geheimdiensten«

Ja, und wie du dich vielleicht erinnerst, würde ich gerne mit meiner Geheimdienstreform aus dir eine reißende Raubkatze machen. [Die Nachrichtendienste BND und BfV sollen operative Befugnisse bekommen]

Quellen: Verfassungsblog Bundesministerium des Inneren Tagesschau

Das war nicht geheim, Hannings Kontakte zu Putins KGB-Freunden zum Beispiel fanden in aller Öffentlichkeit statt. Und als er schon im Ruhestand war.
Quelle: FAZ Correctiv

Hanning hat bis 2022 geheime Dokumente aus dem BND schleusen lassen und für seine privaten Geschäfte genutzt.
Quelle: Der Spiegel Tagesschau

Er war Geschäftsführer von Hanning Consult, Verwaltungsrat des privaten Geheimdienst Pluteos, Aufsichtsrat bei der lettischen PNB-Bank, Regionalleiter Russland bei der Beratungsfirma G3, Mitglied im

Aserbaidschan-Forum. Und weil er damit noch nicht ausgelastet war, arbeitete er auch noch für diverse Thinktanks und russische Oligarchen.
Quelle: Correctiv Pluteos Die Zeit North Data

Im Beamtengesetz steht nun mal, dass Staatsdiener im Ruhestand Erwerbstätigkeiten nachgehen dürfen.
Quelle: Bundesbeamtengesetz §105

Es ist ja wohl ein Unterschied, ob ein Erdkundelehrer seine Overheadfolien dem russischen Geheimdienst anbietet oder der BND (...) Aber nicht für den Gesetzgeber.
Quelle: Bundesbeamtengesetz §105

Da steht, der Beamte muss im Ruhestand jede Nebentätigkeit melden, die in Verbindung mit seiner alten Tätigkeit steht. (...) Aber nur die ersten fünf Jahre So lange hat Hanning abgewartet. Was ja auch klug ist. Weil Beamte 5 Jahre länger leben als der durchschnittliche Arbeiter.
Quelle: Bundesbeamtengesetz §105

Das parlamentarische Kontrollgremium für die Nachrichtendienste hatte schon 2023 gefordert, dass sich Spitzenbeamte im Ruhestand private Erwerbstätigkeiten genehmigen lassen müssen.
Quelle: Bundesbeamtengesetz §105 Die Zeit Bundestag

Im aktuellen Gesetzentwurf über die Geheimdienste wird das Problem [Nebentätigkeit von Beamten] jedenfalls wieder nicht angepackt.
Quelle: Entwurf der Bundesregierung - Gesetz zur Reform des Nachrichtendienstrechts §72 „Besondere Anzeige- und Genehmigungspflicht für ausgeschiedene Bedienstete“ Bundesministerium des Inneren

Neben August Hanning gab es auch noch die BND-Präsidenten Gerhard Schindler und Ernst Uhrlau, die mit ihrem Insider-Wissen im Ruhestand private Geschäfte gemacht haben.
Quelle: Gerhard Schindler: Monarch Friedrich 30 Correctiv Ernst Uhrlau: Correctiv Süddeutsche Zeitung

Das sind alles Präsidenten und Spitzenbeamte von Nachrichtendiensten, Polizei und Militär, die im Ruhestand im Bereich Nachrichtendienste, Polizei und Militär private Geschäfte gemacht haben. [Jörg Ziercke, Hans-Georg Maaßen, Matthias Seeger, Bernd Schmidbauer, Gerhard Conrad, Rüdiger von Fritsch, Arndt Freytag von Loringhoven, Klaus-Dieter Fritsche, Wolfgang Ischinger, Hans-Lothar Domröse]
Quelle: Jörg Ziercke: RND Hans-Georg Maaßen: Süddeutsche Zeitung Correctiv Stern Handelsblatt Matthias Seeger: Spiegel Bernd Schmidbauer: correctiv 1 tagesschau Gerhard Conrad: Agora Strategy Rüdiger von Fritsch: Berlin Global Advisors Linkedin Arndt Freytag von Loringhoven: Berlin Global Advisors Klaus-Dieter Fritsche: Correctiv Spiegel Die Zeit RND Wolfgang Ischinger: Reuters Agora Strategies Hans-Lothar Domröse: Lobbyregister Bundestag Friedrich 30 Agora Strategies Mosolf Gruppe

Haben die auch Dokumente gemopst? (...) Nein, natürlich nicht. Die haben streng im Rahmen der Gesetze ihr Wissen und ihre Kontakte versilbert.
Quelle: Correctiv

Wie hoch ist die denn? (...) 11.000 Euro brutto.
Quelle: Die Welt Süddeutsche Zeitung

Diese Akten wurden der CIA 2014 von einem BND-Mitarbeiter verkauft. Auf einem USB-Stick war unter anderem eine Liste mit Klarnamen von 3500 BND-Agenten.
Quelle: Spiegel Stern

Wir [BND] haben das Sicherheitslevel erhöht. Heute muss man private Smartphones an der Pforte in Schließfächer abgeben.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

Das sind „lediglich" BND-Akten, die wir 2022 bei einer Routine-Überwachung auf Servern des russischen Geheimdienstes entdeckt haben. (...) „Streng geheime Lageberichte zum Ukrainekrieg." (...) Die wurden an die Russen verkauft, mutmaßlich vom BND-Mitarbeiter Carsten L.
Quelle: Die Zeit Der Spiegel

Wir durften damals ja nicht einfach so die Taschen der Mitarbeiter durchwühlen. Dafür hatten wir keine rechtliche Grundlage. Aber das ist jetzt seit 2023 anders.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

Diese Akten hat Manfred D, der Büroleiter von drei BND-Präsidenten, seinem Ex-Chef Hanning nach Hause geliefert. Und zwar 12 Jahre lang.
Quelle: FAZ

Die 2000 gemopsten Akten hast ja nicht du, sondern die Staatsanwaltschaft zufällig sichergestellt, als sie Hannings Häuser durchsucht haben.
Quelle: Tagesschau Generalbundesanwalt

„Q“

Herr Dobrindt ist als Innenminister zuständig für den Verfassungsschutz.
Quelle: Bundesministerium des Inneren

Bitte nennen Sie mich doch einfach Bundesamt für Verfassungsschutz. Ich bin ja eigentlich kein richtiger Geheimdienst.
“Es war den westlichen Alliierten klar, dass die künftige Bundesregierung eine "Stelle zur Sammlung und Verbreitung von Auskünften über umstürzlerische, gegen die Bundesregierung gerichtete Tätigkeiten" einrichten würde. Allerdings hielten die Militärgouverneure in dem sogenannten "Polizeibrief" vom 14. April 1949 fest, dass "diese Stelle (...) keine Polizeibefugnisse" (z.B. vorläufige Festnahmen, Hausdurchsuchungen usw.) haben solle.”
Quelle: bpb

Zum Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten; Ausprägung im Bereich der Cyberabwehr
Quelle: Bundestag

Und wenn schon. Ich [BND] denke, das [Brückensprengen] gehört jetzt zu meinen neuen „operativen“ Aufgaben. (...) Im Ausland!
Quellen: Bundesregierung & Verfassungsblog/Geheimdienstreform-Rundumschlag & BMI Gesetzgebungsverfahren Downloads

Übertragung „operativer“ Befugnisse an den BND Verfassungsrechtliche Möglichkeiten und Grenzen
Quelle: Bundestag

Was haben Sie denn bisher gemacht? Sehr viel… Verdächtige Zeitungsartikel gelesen und dann… ausgeschnitten.

“Als „Verfassungsschutz“ bezeichnet man umgangssprachlich das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (...)Seine Aufgabe besteht darin, die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, wie sie in der Verfassung festgeschrieben ist, zu schützen. Dabei hat das Amt aber keine Befugnisse wie die Polizei, sondern seine Mitarbeiter sammeln und werten Informationen aus über verdächtige verfassungsfeindliche Tätigkeiten.
Quellen: bpb & Verfassungsschutz.de/SharedDocs.pdf

Der Verfassungsschutz: Abschaffen oder reformieren?
Quelle: heimatkunde.boell
Die Politik der Inlandsspione/ Ronen Steinke über den Verfassungsschutz
Quelle: taz

Künftig soll mein BND aktiv die wachsende Bedrohung zum Beispiel aus Russland ausschalten.
Quelle: bundestag/presse & ntv

Nein, aber du darfst künftig bei drohenden Anschlägen gefährliche Objekte ausschalten: Chemiewaffenlabore, Drohnenfabriken oder Atomanlagen, in dem du zum Beispiel einen Virus in eine Zentrifugenanlage einbringst.
Quelle: bmi.bund.de/nd-reform

Bnd, du hast nicht die Lizenz zum Töten, aber die Lizenz zum Kollateralschaden.
“Die Einwirkungsmöglichkeiten erlauben dabei (nur) das Einwirken auf Gegenstände und

sind nur zulässig, wenn durch Einwirkung einer anderen Stelle der Zweck der Maßnahme nicht erreicht werden kann."
Quelle: bmi.bund.de/nd-reform

Ich [Merz] auch, Bnd! Ich möchte, dass wir mit der CIA und dem Mossad mithalten können.
Quelle: Tagesspiegel

Sie beide [BfV und BND] können sich bald auf hackbacks freuen. (...) Sie können beide künftig bei Cyberangriffen zurückschlagen, in fremde IT-Systeme eindringen und ausländische Server blockieren und zerstören.
Quellen: Netzpolitik & bmi.bund/gesetzgebungsverfahren/downloads

Das genehmigt jetzt der Unabhängige Kontrollrat der Geheimdienste.
Du darfst die Wohnung betreten, wenn von einem „potentiellen Gefährder eine konkretisierte Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut ausgeht"…
Quellen: bmi.bund/gesetzgebungsverfahren/downloads & Verfassungsblog & heise

Schriftliche Stellungnahmen zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
Stellungnahme-Prof-Dr-M-Baecker.pdf & Stellungnahme-BfDI-Bonn.pdf & Stellungnahme-Luca-Manns-u-M-Ogorek.pdf & Gesellschaft für Freiheitsrechte.pdf

Du [BfV] kannst jetzt mit deinen neuen Befugnissen auf Objekte einwirken.
Quellen: bmi.bund/gesetzgebungsverfahren/downloads

Du [BfV] machst jetzt einfach das, was du immer machen wolltest, aber bisher nicht machen durftest. Schau, dass du ihm irgendwo einen Trojaner draufspielst! (...) Hier

ist ein iPad. Die Apple-Produkte sind ja alle so gut vernetzt, dann können wir auch gleich seine iPhone mithören.

Quellen: bmi.bund/gesetzgebungsverfahren/downloads & heise & reporter-ohne-grenzen & bsi.bund & macwelt

Was darf ich [BfV] ab jetzt noch? (...) Potentielle Tatmittel unbrauchbar machen!

“Der Entwurf soll dem BfV und dem BND erstmals aktionelle Maßnahmen erlauben, mit denen sie schadensträchtige Kausalverläufe unmittelbar beeinflussen können (...) Der Kreis der in Betracht kommenden „Schutzmaßnahmen“ wird in § 59 Abs. 2 BVerfSchG-E überaus weit gefasst. Insbesondere erlaubt § 59 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BVerfSchG-E generell ein „Einwirken“ auf „Gegenstände, die für die Bedrohung gegenwärtig oder absehbar eingesetzt werden (...) Als „Schutzmaßnahmen“ darstellbar sind etwa die heimliche Entziehung von physischen oder virtuellen Vermögensgegenständen, die für die Finanzierung einer Bedrohung genutzt werden könnten, die legendierte Veröffentlichung unzutreffender Informationen oder die Verfälschung bereits veröffentlichter Informationen, um die Beteiligten einer Bedrohung zu verunsichern oder auf eine falsche Fährte zu locken, die Beeinflussung sozialer Kontakte durch individualisierte Falschinformationen, um Zwietracht unter den Beteiligten einer Bedrohung zu säen, oder die Unbrauchbarmachung von Räumlichkeiten, die den Beteiligten einer Bedrohung als Treffpunkt oder Operationsbasis dienen...”

Quelle: Stellungnahme-Prof-Dr-M-Baecker-Nachrichtendienstrecht.pdf

Weitere Quellen: bmi/bund/gesetzgebungsverfahren/download & Verfassungsblog & tagesschau & sueddeutsche

Dieses Gesetz gibt uns [BfV] doch viel zu weitgehende Eingriffsmöglichkeiten. (...) Ja klar. Das wird eh vom Verfassungsgericht kassiert.

Quellen: Netzpolitik & Stellungnahme-Franziska-Goerlitz.pdf & Stellungnahme-Prof-Dr-M-Baecker-Nachrichtendienstrecht.pdf

Solo Jean-Philippe Kindler

Aber wenn man Medien von Springer bis ARD und ZDF glaubt, sind die Proteste ja eh migrantisch unterwandert.

Quellen: taz & welt

Arme Menschen sterben im Durchschnitt ein Jahrzehnt früher als reiche Menschen.

Quelle: Hans Böckler Stiftung

Verfassungsschutz hat dieses Mörder-Trio nicht nur nicht bekämpft, sondern finanziert: Tino Brandt, der vom Verfassungsschutzes als V-Mann eingesetzt wurde, bekam von der Behörde über die Jahre 200.000 Mark. Brandt gab an, dass dieses Geld 1 zu 1 in den Aufbau von rechtsextremen Organisationen wie dem NSU geflossen ist.

Quellen: Spiegel & taz & Focus & BR & n-tv

Fortsetzung „Q“

Mein Therapeut arbeitet mit dem Verfassungsschutz zusammen? (…) Wir [BfV] können ja seine Therapiesitzungen abhören. Und außerdem dürfen wir ja künftig alle Überwachungskameras im öffentlichen Raum anzapfen.

Quelle: Netzpolitik & bdp-verband & heise

Solo Maxi

KI ist das einzige Produkt, wo der Hersteller offen zugeben kann, dass es uns alle umbringen wird und wir sagen - okay.
Quelle: zdfheute

Anthropic? Die Firma die Claude entwickelt? Die ist one Trillion US-Dollar wert! Also auf Deutsch Eine Billion!
Quelle: wiwo

Dank der neuen Polizeireform, dürfen wir jetzt an Bahnhöfen und Flughäfen mit Hilfe von KI Videoüberwacht werden. (...) Und laut Netzpolitik.org tut sich so ein Verhaltenscanner schon schwer damit ne Umarmung von ner Schlägerei zu unterscheiden.
Quelle: netzpolitik/faq-verhaltensscanner & netzpolitik/sicherheitsgesetz

IFG – Staatsüberwachung?

IFG steht für InformationsFreiheitsGesetz. Dank dieser hochmodernen Technik kann jede Person Einsicht in die Akten und Dokumente unserer Bundesbehörden erhalten.
Quelle: Gesetze im Internet Frag den Staat

Das [IFG] gibt's in Deutschland auf Bundesebene schon seit 2006.
Quelle: Bundesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Da waren wir bestimmt mal wieder die einzigen, die so einen Quatsch [wie das IFG] haben? (...) 141 andere Länder auch. Und die Schweden haben damit angefangen. Da gibt es diese lästige Transparenz schon seit 1766.
Quelle: Right to Information Rating Tagesschau https://informationsfreiheit.org/

Wir Bayern sind standhaft geblieben. Das einzige Bundesland, dass kein IFG hat und auch keins plant.
Quelle: in Niedersachsen gab es bis zuletzt auch keines, nun gibt es einen Gesetzesentwurf: informationsfreiheit.org NDR

EU-Rechtsbruch: Dank des IFG wissen wir, dass dir dein eigenes Ministerium gesagt hat, die Zurückweisungen an der Grenze verstoßen gegen EU-Recht?
Quelle: Frag den Staat

Die Grenzpolitik, die wir seit einem Jahr betreiben, ist also rechtswidrig? (...) Theoretisch ja, aber praktisch mach ich's [Alexander Dobrindt] trotzdem. Ich lass mir doch von meinem Innenministerium nicht vorschreiben, was ich tue.
Quelle: ZDFheute Tagesschau

Durchs IFG kam raus, dass ich [Alexander Dobrindt] als Verkehrsminister damals von meinem eigenen Ministerium gewarnt wurde, die Maut wird vom EuGH kassiert.
Quelle: Frag den Staat Verfassungsblog

Verschweigen von rechter Gewalt? (...) Ach das! Da hab ich [Alexander Dobrindt] bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts halt a bisserl improvisiert und was anderes erzählt, als auf meinem Sprechzettel stand. (...) Was stand denn auf dem Zettel? (...) Da stand: „Die größte Gefährdung für die Demokratie geht von rechts aus." (...) Und was hast du [Alexander Dobrindt] stattdessen gesagt? (...) Die Zahl gewaltorientierte Linksextremisten ist deutlich gestiegen - auf 11.200 Personen. (...) 11.200! Wie hoch war die Zahl im Vorhahr? (...) 11.200.
Quelle: Frag den Staat Der Spiegel

Jens Spahn, Andreas Scheuer, Philipp Amthor, Wolfram Weimer – alle vom IFG diskreditiert!
Quelle: Frag den Staat 1 Frag den Staat 2 Frag den Staat

Frag-den-Staat Quiz

Andi Scheuer. Er hat alle Fragen zur PKW-Maut beantworten... müssen. Er wusste, dass der EuGH die Maut kippen wird, und hat trotzdem die Verträge abgeschlossen. Damit hat er 243 Millionen Euro Steuergeld verpulvert.

Quelle: fragdenstaat & wiwo

Neu hinzugekommenen sind 27 Millionen Euro “aus einem weiteren Schiedsverfahren, das zum gekündigten Vertrag zur "Automatischen Kontrolle der Infrastrukturabgabe" geführt worden war, wie die gescheiterte Pkw-Maut genannt wurde
(..) Die Pkw-Maut - ein Prestigeprojekt der CSU in der damaligen Bundesregierung - war im Juni 2019 vom EuGH als rechtswidrig gestoppt worden, weil sie aus Sicht der Richter Ausländer diskriminiert hätte. Inländer wären nach den Plänen bei der Kfz-Steuer so entlastet worden, dass sie insgesamt nicht mehr gezahlt hätten als vorher.”

Quelle: beck-aktuell

Philipp Amthor. Unser Philipp qualifizierte sich für diese Runde durch seine Lobbyaffäre rund um das Start-up „Augustus Intelligence“. Philipp setzte sich für ein Unternehmen ein, das ihm Aktienoptionen im Wert von 250.000 Dollar versprach, beim Wirtschaftsminister ein. Und das, obwohl Augustus Intelligence noch kein richtiges Produkt hatte.

Quelle: fragdenstaat & fragdenstaat_lobbyismus-klage

Im Koalitionsvertrag steht, wir wollen es mit einem Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger reformieren. Wir wollen es verständlicher und transparenter machen

Quelle: Tagesschau & lto & fragdenstaat_ifg-attacke

Man kann dank des IFG entweder per E-Mail oder über das Portal „Frag den Staat“ amtliche Informationen bei den Bundesbehörden anfragen, und die müssen sie rausgeben.

Quellen: https://fragdenstaat.de/ & bmi.bund/informationsfreiheitsgesetz
Tagesschau & fragdenstaat-ifg-retten & fragdenstaat/ifg-attacke

Nichtregierungsorganisationen dürfen nach der neuen Reform keine IFG-Anfragen mehr stellen. (...) Selbst die Presse darf nicht mehr fragen, nur noch Privatpersonen.
Quellen: ecpmf & netzwerkrecherche & taz

(...) Der Bürger muss uns als Privatperson jetzt erstmal nachweisen, dass er ein berechtigtes Interesse hat.

Quellen: fragdenstaat_abschaffung-des-ifg & mpg/informationsfreiheit & lto & fragdenstaat/ifg-attacke

Gefährliche Informationen mussten Sie bisher ja auch schon nicht rausgeben.
Quellen: bka/Informationsfreiheitsgesetz & fragdenstaat_abschaffung-des-ifg & fragdenstaat/ifg-attacke & bpb

Hier sind alle Ministerien, die uns belegen konnten, dass das IFG eine Bedrohung für die Sicherheit ist. Hier ist die Antwort: [Keins]
Quelle: fragdenstaat/keine-belege

Es gab 19.000 [IFG-]Anfragen letztes Jahr![IFG-]Anfragen letztes Jahr!

IFG-Anträge 2025 oberste Bundesbehörden einschließlich Geschäftsbereiche sowie andere Bundeseinrichtungen
Quelle: ifg-statistik-2025.pdf

Und auch das hat Frag-den-Staat schon alle Ministerien gefragt: Haben Sie einen Beleg für eine Überlastung durch das IFG? (...) Da steht überall schon nein…
Quelle: fragdenstaat/keine-belege

Die Kosten für Anfragen waren doch bisher gedeckelt auf 500 Euro? (...) Nach der Reform nicht mehr.
Quelle: fragdenstaat/keine-belege & fragdenstaat/informationsfreiheit/kosten

Die Regierung wurde zu den Kosten schon befragt und hat gesagt, es seien: Zitat „ganz, ganz hohe Gebühren".
Quelle: fragdenstaat/keine-belege & heise & sueddeutsche

Also, ich hab damals als Minister sehr viele IFG-Anfragen bekommen. Und die waren ja sehr kompliziert. (...) Und für die ganzen Juristen, die die Fragen dann beantwortet haben, musste Ihr Ministerium damals 175.000 Euro zahlen.
Quellen: Tagesspiegel & transparency & tranparency/dieselskandal

Planen wir gerade unbemerkt ein neues Anti-Transparenz-Gesetz, das einfach alles, was Bürger interessieren könnte, zur kritischen Infrastruktur erklärt und somit von Anfragen ausnimmt.

“Die geplante Formulierung ist maximal vage, unnötig und ein trojanisches Pferd der Intransparenz. Denn damit müssten künftig nicht nur wie bisher Informationen verweigert werden, die „schutzbedürftig“ sind. Stattdessen könnten pauschal sämtliche Informationen verweigert werden, die unter den Begriff kritische Infrastruktur fallen. Dazu zählen unter anderem Energie, Verkehr, Gesundheit, Finanzwesen, Wasser, Ernährung und vieles mehr.”

Quelle: fragdenstaat

Es gibt eine Petition “Stoppt den Frontalangriff auf die Informationsfreiheit”. Sie hat schon über 685 000 Unterschriften.

Quelle: https://weact.campact.de/petitions/spd-stoppt-den-frontalangriff-auf-die-informationsfreiheit

Impressum

Zweites Deutsches Fernsehen
Anstalt des öffentlichen Rechts

ZDF-Straße 1
55127 Mainz

Postanschrift:
Zweites Deutsches Fernsehen
55100 Mainz
Tel.: 06131/70-0
Fax: 06131/70-12157
E-Mail: info@zdf.de
Vertretungsberechtigter im Sinne des § 55 Abs. **1 Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien, § 5 Abs. 1 Telemediengesetz:**
Intendant
Dr. Norbert Himmler